

## **Bremser in der Wiener Kriegsfabrik**

### **Dokumentation: Friedrich Wiesners Tagebuchblätter 4.- 8. Juli 1914<sup>1</sup>**

#### **Vorbemerkung**

Während der k.u.k. Generalstabschef Franz Conrad von Hötzendorf<sup>2</sup> in den Jahren 1908 bis 1914 immer wieder einen Präventivkrieg gegen Serbien forderte, lehnten die Gemeinsamen Minister des Äußeren von Österreich und Ungarn, Alois Lexa von Aehrenthal<sup>3</sup> und sein Nachfolger im Amt Leopold Berchtold<sup>4</sup> einen solchen Aggressionskrieg gegen Serbien noch ab. In beiden Balkankriegen 1912/1913 konnte Berchtold ein militärisches Eingreifen Österreichs verhindern. Auch Berchtold verfolgte eine dezidiert anti-serbische Politik. Er strebte ebenso wie die Wiener Kriegspartei eine Angliederung Serbiens an die Monarchie an, sah aber den Hauptweg über eine Zollunion und wirtschaftliche Angliederung. Um Serbien von einem Zugang zum Mittelmeer fernzuhalten, initiierte Berchtold 1912 nach dem ersten Balkankrieg die Gründung eines autonomen albanischen Staats.

Nach dem Attentat auf Erzherzog Franz Ferdinand von Habsburg am 28. Juni 1914 schwenkte Berchtold zur Kriegspartei über und trat dafür ein, die Gelegenheit zu nutzen, um „Serbien durch eine Kraftäußerung für immer unschäd-

- 
- 1 Vor- und Nachbemerkung sowie Fußnoten zu den Dokumenten vom Verfasser. Für den Hinweis auf diesen Archivbestand in Wien danke ich Dr. Ulrich Hedtke (Berlin), für die Information über die Dissertation von Brigitte Schagerl über Wiesner und seine Unterstützung bei den Recherchen zu den von Wiesner erwähnten Personen Dr. Martin Moll (Graz) sowie Dr. Michael Eckardt und Dr. Joachim Kleine für ihre Hilfe bei der Entzifferung der Handschrift.
  - 2 Franz Conrad von Hötzendorf (1852-1925), k.u.k. Berufsoffizier, wurde als operativer Denker und wegen seiner kriegsnahen Ausbildungsmethoden geschätzt, 1906 auf Vorschlag des Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand zum Chef des Generalstabs der „Bewaffneten Macht“ ernannt und blieb es – nach einer ersten Absetzung 1911/12 bis 1917. 1907 schlug er vor, gegen Italien einen Präventivkrieg zu führen. Mit dem Thronfolger war er einig, die ungarische Machtstellung in der Doppelmonarchie zu beseitigen und den Dualismus mittels der Einbeziehung der südslawischen Völker durch einen Trialismus zu ersetzen. Conrads Pläne zur militärischen Einverleibung Serbiens nach vorheriger Niederwerfung Italiens lehnte Franz Ferdinand ab. Conrads militärische Operationspläne gegen Russland, Serbien und Italien stellten sich im ersten Weltkrieg als illusionär heraus.
  - 3 Alois Lexa von Aehrenthal (1854-1912) war von 1906-1912 österreichisch-ungarischer Außenminister. Seine Balkanpolitik kehrte sich von der ausgleichenden Politik mit Russland ab und wurde von Russland und den Südslawen als gegen ihre Interessen gerichtet abgelehnt, kam aber den Interessen der magyarischen Führungsschicht entgegen.
  - 4 Leopold Graf Berchtold von und zu Ungarschitz (1863-1942) wurde 1912 vom Kaiser zum Gemeinsamen Minister des Äußeren ernannt. Er trat 1915 als Außenminister zurück und wurde Berater des Thronfolgers und späteren Kaisers Karl I.

lich zu machen“<sup>5</sup>. Allerdings war er nicht dafür, sofort und ohne diplomatische Vorbereitung einen Krieg gegen Serbien zu eröffnen. Ebenso wie sein Kaiser Franz Joseph hielt er eine Untersuchung für erforderlich, um die Beteiligung der serbischen Regierung an dem Attentat als Rechtfertigung für eine Strafaktion nachzuweisen. Zu dieser Vorbereitung gehörte auch die vom ungarischen Ministerpräsidenten Tisza geforderte, gegenüber den europäischen Großmächten aber demagogische Versicherung: „...daß wir bei unserer Aktion gegen Serbien keinerlei territorialen Erwerb beabsichtigen und auch die selbständige Existenz des Königreiches ganz und gar nicht vernichten wollen ... Die Monarchie ist territorial saturiert und trägt nach serbischem Besitz kein Verlangen“, wie Berchtold dem russischen Außenminister Sasonow schrieb.<sup>6</sup>

Zur Vorbereitung der Aktion gegen Serbien bildete Berchtold in seinem Ministerium, in dem schon vor dem Attentat mehrere höhere Diplomaten zur Kriegspartei zählten<sup>7</sup>, eine Kommission unter Leitung des Legationsrates Alexander von Musulin<sup>8</sup>, die vor allem drei Aufgaben hatte:

1. zu untersuchen, inwieweit die serbische Regierung an der Vorbereitung und Ausführung des Attentats beteiligt war;
2. administrative Schlussfolgerungen für die österreichische Verwaltung der seit 1878 von Österreich okkupierten und seit 1908 auch formell annektierten ehemaligen Provinz des Osmanischen Reiches Bosnien-Herzegowina hinsichtlich der serbischen Bevölkerung vorzuschlagen;
3. den Wortlaut des Ultimatums an das Königreich Serbien vorzubereiten.

In diese Kommission, der mit Otto von Weil<sup>9</sup>, Johann von Forgách<sup>10</sup>, Wladimir von Giesl<sup>11</sup>, Richard von Oppenheimer<sup>12</sup>, Emanuel Urbas<sup>13</sup> und Richard

5 Siehe Miklós Komjáthy (Hg.): Protokolle des Gemeinsamen Ministerrates der Österreich-Ungarischen Monarchie (1914-1918), Budapest 1966, S. 104f.

6 Sergej Dmitrijewitsch Sasonow (1860-1927) war von 1910 bis 1916 russischer Außenminister. Er betrieb eine Politik der Annäherung Rußlands an Großbritannien und Japan. In der Julikrise 1914 wollte er einen bewaffneten Konflikt eher vermeiden, konnte sich aber gegen die auf Krieg drängenden Militärs nicht durchsetzen. Sasonow verfasste im September 1914 ein Programm der russischen Kriegsziele. Das Dokument ist u.a. abgedruckt bei: Emanuel Geiss (Hg.): Julikrise und Kriegsausbruch. Eine Dokumentensammlung, Hannover 1963/64; Bd. 2, S. 345 ff.

7 Vor allem Musulin, Forgách, Hoyos.

8 Alexander Freiherr Musulin von Gomirje (1868-1947), kroatischer Herkunft, 1912 ungar. Baron, seit 1892 im diplomatischen Dienst Österreichs, seit 1903 Legationsrat im Wiener Außenministerium, formulierte wichtige Noten, so jene über die Annexion Bosnien-Herzegowinas 1908, des Ultimatums an Serbien 1914, des Memorandums an die Großmächte 1914. 1917 war er Gesandter in der Schweiz und sondierte im Auftrag Karls I. die Möglichkeiten eines baldigen, separaten Friedensschlusses.

9 Otto Ritter von Weil war 1914 Sektionschef im Wiener Außenministerium.

10 Johann von Forgách (1870-1935), 1907 bis 1909 österreichischer Botschafter in Belgrad, 1914 Chef der politischen Sektion des Außenministeriums in Wien, Unterstaatssekretär.

11 Wladimir Rudolf Karl Freiherr Giesl von Gieslingen (1860-1936), General und Diplomat, 1913-1914 k.u.k. Botschafter in Serbien. Er präsentierte am 23. Juli 1914 der serbischen Re-

Vesque von Püttingen<sup>14</sup> vorwiegend diplomatische Mitarbeiter des Ministeriums angehörten, wurde am 4. Juli 1914 auch der Jurist Dr. Friedrich von Wiesner einbezogen. Er war zu jener Zeit Referent für Völker- und Staatsrecht im Range eines Sektionsrates im Wiener Außenministerium. Wiesner sollte die strafrechtlichen Fragen des Attentats untersuchen.<sup>15</sup>

Der Kommission war aufgetragen, die Beteiligung der serbischen Regierung am Mord an Erzherzog Franz Ferdinand eindeutig nachzuweisen. Dafür sammelte sie Beweise und Informationen über Hintergründe. Das für ein Ultimatum zu erstellende Dossier über die Schuld Serbiens verfolgte den Zweck, vor allem Russland, Frankreich, Großbritannien und Italien über die Berechtigung der Strafaktion so zu informieren, dass diese Staaten die geplanten militärischen Maßnahmen der österreichischen Regierung nicht als übertrieben beurteilten und Serbien keine wirkliche Unterstützung zuteil werden ließen.

Nicht zu Unrecht wurde diese Kommission im Wiener Außenministerium intern als „Kriegsfabrik“ bezeichnet. Wiesner aber sah seine Aufgabe in ihr darin, keine für Serbien unannehmbaren Forderungen zu stellen und keine Verletzung der serbischen Souveränität zuzulassen. Er bestand auf einem juristisch einwandfreien Vorgehen der eigenen Regierung und der Verwendung nur gerichtlich beweisbarer Anschuldigungen. Das trug ihm von Seiten der Diplomaten den Vorwurf einer einseitig „juristischen Auffassung des Materials“ ein. Doch dieser Vorwurf trifft sein Verständnis seiner Aufgabe nur partiell. Gegen die realitätsblinde Kriegeuphorie seiner Kollegen plädierte er für ruhige Überlegung und sorgfältige Prüfung, war er die einzige beschwichtigende, zur Mäßigung mahnende Stimme in der Kommission. Er wollte verhindern, dass seine Kollegen „leichtsinnige Streiche“ verübten und war entschlossen, gegen eine ganze Front von Diplomaten vorzugehen, die sich in einen Krieg stürzten. Gegenüber der Kriegspartei, die sich auf bereits gefällte Entscheidungen stützen konnte, stand er jedoch auf verlorenem Posten und hatte keinen entscheidenden Einfluss auf den Lauf der Dinge.

In seinen nach den täglichen Sitzungen abends niedergeschriebenen Tagebuchblättern skizzierte Wiesner die Vorgehensweise der Kommission und die Gespräche ihrer Mitglieder, notierte er seine Meinung dazu und die Kritik, die er auf den Kommissionssitzungen äußerte wie auch jene, die er nur in den Ta-

---

gierung das österreichisch-ungarische Ultimatum und verließ Belgrad mit dem diplomatischen Personal eine halbe Stunde nach Überreichung der serbischen Antwort am 25. Juli 1914.

12 Richard Ritter Oppenheim von Marnholm war 1914 Sektionschef im Wiener Außenministerium im Rang eines Geenralkonsuls.

13 Emanuel Urbas, Konsul im k.u.k. Ministerium des Äußern.

14 Richard Vesque von Püttingen, Diplomat im k.u.k. Ministerium des Äußern.

15 Friedrich Ritter von Wiesner (1871-1951) war der Sohn des jüdischen, geadelten Botanikprofessors Julius Wiesner. Er studierte Jura und war viele Jahre als Richter in Baden bei Wien, später in Wien tätig, bevor er 1911 ins Außenministerium eintrat. Hier war er Referent für Völker- und Staatsrecht und arbeitete als Herausgeber an einer Sammlung internationaler Verträge der jüngsten Zeit. Zu Wiesners Tätigkeit nach 1914 siehe die Nachbemerkung.

gebuchblättern festhält. Unübersehbar ist sein Ärger, wenn niemand die Realität wahrnehmen noch auf ihn hören will, wenn er die einseitigen und gefärbten Berichte der k.u.k. Diplomaten aus Serbien und Bosnien-Herzegowina als unzulänglich und für die gestellte Aufgabe untauglich, weil vor Gericht nicht beweisbar, ablehnte. Wiesners Fragen nach der Quellenlage, auf der alle Annahmen und Maßnahmen der Kriegspartei basierten, stieß bei seinen Kollegen in der Kommission auf taube Ohren.

Schließlich schickte ihn Minister Berchtold am 11. Juli 1914 auf eine Inspektion nach Sarajewo, wo er die Untersuchungskommission zur Aufklärung der Mitschuld Serbiens leiten und prüfen sollte, welche zuverlässigen Quellen über die Auftraggeber und die Hintergründe des Attentats vorlägen und ob die serbische Regierung beweisbar involviert war. Der entscheidende Satz aus Wiesners am 13. Juli abgesandten Bericht lautete: „Mitwisserschaft serbischer Regierung an der Leitung des Attentats oder dessen Vorbereitung und Beistellung von Waffen durch nichts erwiesen oder auch nur zu vermuten. Es bestehen vielmehr Anhaltspunkte, dies als ausgeschlossen anzusehen ...“ Der vollständige Wortlaut dieses berühmten Telegramms, inzwischen vielfach publiziert, wird nachfolgend als Dokument 2 abgedruckt.

Das persönliche Archiv Wiesners, in dem sich seine Tagebuchnotizen über die Kommissionstätigkeit vom 4. bis 8. Juli 1914 befanden, wurde 1945 beim Einmarsch der Roten Armee in Wien requiriert und nach Moskau deportiert. Es befand sich dort mit vielen weiteren Beuteakten aus Österreich im Sonderarchiv und wurde 2009 an das Österreichische Staatsarchiv zurückgegeben und ist dort archiviert. Brigitte Schlagerl schrieb eine Biographie Wiesners und reichte sie 2012 als historische Dissertation in Wien ein. Sie konnte diese Tagebuchblätter bereits im Moskauer Sonderarchiv einsehen und für ihre Arbeit heranziehen. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt allerdings auf der Tätigkeit Wiesners nach 1919 als führender Vertreter der österreichischen Legitimisten bis 1938.<sup>16</sup> Die Tagebuchblätter werden hier erstmals publiziert.

---

<sup>16</sup> Brigitte Schagerl; *Im Dienst eines Staates, den es nicht mehr geben sollte, nicht mehr gab, nicht mehr geben durfte*. Friedrich Ritter von Wiesner: Diplomat, Legitimist und NS-Verfolgter, Diss., Wien 2012. Die Dissertation liegt nur digital vor.

## Dokument 1<sup>17</sup>

### **Friedrich Wiesner: Tagebuchblätter 4.- 8. Juli 1914<sup>18</sup>**

#### **Samstag 4/VII**

Musulin kommt zu Weil und teilt mit, daß Minister ihm die Aufgabe übertragen hat, die aus der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand sich gegenüber Serbien ergebenden Konsequenzen zu bearbeiten. Er erbittet sich hiezu juristische Beihilfe hinsichtlich der strafrechtlichen Fragen. Weil macht mich namhaft, ruft mich und fragt, ob ich geneigt bin, diese Mission anzunehmen. Ich erkläre mich natürlich bereit.

Musulin scheint über meine Mitwirkung erfreut und ladet mich zu einer Besprechung für NM. 5 Uhr ein.

N.M. finden sich bei Musulin ein außer mir: Oppenheimer, Vesque, später Giesl und Forgách.

An Material ist wenig da und das wenige noch niemandem recht bekannt. Ich verlese von den Stücken aufs Geradewohl ein Telegramm Bilińskis<sup>19</sup> an Potiorek<sup>20</sup>, ein riesig langes blumenreiches, von Gemeinplätzen wimmelndes Telegramm, das mich in seiner Geistlosigkeit entsetzt. Allgemeiner Sinn: Der bisherige Kurs bleibt<sup>21</sup>; Sabor<sup>22</sup> wird nicht aufgelöst, er soll das Budget und

---

17 Quelle: Österreichisches Staatsarchiv. Archiv der Republik. Moskauer Abgabe. Nachlass Friedrich Wiesner, 704-1-57, Blatt 1 ff. Ich danke dem Archiv für eine Kopie der Handschrift.

18 Die originale Orthographie und Zeichensetzung des Autors wurden beibehalten

19 Leon Biliński (1846-1923), polnisch-österreichischer Politiker; 1871 Prof. für Ökonomie in Lemberg, 1895-1897 und 1909-1911 öster. Finanzminister; 1912-1915 gemeinsamer Finanzminister von Österreich und Ungarn. Bei der Okkupation 1878 war Bosnien-Herzegowina weder dem österreichischen noch dem ungarischen Landesteil zugeschlagen worden, sondern wurde unmittelbar dem Gemeinsamen Finanzminister in Wien unterstellt, damit war 1914 Biliński der unmittelbare Vorgesetzte des Gouverneurs Potiorek, mit dem er scharfe Differenzen hatte. So konnte er nicht verhindern, dass der Militärgouverneur den Landtag schloss und serbische Vereine auflöste. Um die Serben Bosniens für die Doppelmonarchie zu gewinnen, verfocht Biliński ihnen gegenüber einen moderaten Kurs. Biliński gehörte zur Kriegspartei und trat für einen Krieg gegen Serbien ein. Im ersten Weltkrieg verfocht er einen Anschluss Kongreßpolens an das Habsburgerreich mit weitgehender Autonomie eines habsburgischen Königreiches aus Galizien und Kongreßpolen mit eigener Regierung, eigenem Landtag (austropolnischer Trialismus). Das Projekt scheiterte am Veto Tiszas. 1919 war Biliński für kurze Zeit Finanzminister des neuen polnischen Staates, danach Präsident der Österreichisch-Polnischen Bank in Wien.

20 Oskar Potiorek (1853-1933), k.u.k. Offizier, 1902 stellvertretender Generalstabschef in Wien, 1907 Kommandierender General und Feldzeugmeister in Graz; 1910 Armeeeinspektor in Sarajewo, 1911 Gouverneur von Bosnien-Herzegowina. Potiorek war als ziviler Verwaltungschef dem Finanzminister und als militärischer Oberbefehlshaber der Provinz dem Generalstabschef unterstellt. Er trug die Verantwortung für die unzulänglichen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz des Erzherzogs beim Besuch Sarajewos. Dennoch wurde er in der Julikrise zum Oberbefehlshaber aller Balkanstreitkräfte der Doppelmonarchie ernannt. Es gelang ihm in drei Offensiven 1914 nicht, die serbischen Streitkräfte zu schlagen. Er wurde zum 1.1.1915 enthoben und pensioniert.

21 Es geht um den Kurs der österreichischen Verwaltung von Bosnien-Herzegowina.

die Kmetenvorlage<sup>23</sup> erledigen; dann sollen Neuwahlen sein, bei denen die staatsfeindlichen serb. Elemente aus dem Sabor hinausgewimmelt werden sollen. Sehr schön gesagt; wie das aber Potiorek machen soll, verschweigt Herr von Biliński. Alle verfassungsmäßigen Rechte sollen aufrecht bleiben, aber die antimonarchischen Tendenzen der Vereine, Presse, Schule sollen unterdrückt werden, bei aller Schonung des serbischen Elementes: Die Quadratur des Zirkels! Ehrlich ist nur eine Stelle, wo eingestanden wird, daß viel verabsäumt wurde.

Das Ergebnis der Unterredung ist zunächst nur, daß alles vorhandene Materiale gesammelt und geordnet wird. Dann soll es von allen Kommissionsmitgliedern gelesen werden, die sich Montag wieder zu einer Beratung zusammenfinden.

Giesl sehr zurückhaltend; Forgách äußert sich ziemlich mäßigend. Oppenheimer jüdisch-bescheiden beschränkt sich auf rein formale Dinge. Ich erlaube mir zu bemerken, daß man nur auf Basis der Sarajewoer Untersuchungsergebnisse Entschlüsse fassen soll, um nicht, durch gefärbte summarische Relationen in eine Richtung gedrängt zu werden, die man dann wieder verlassen muß – ich denke an die Prohaska-affaire<sup>24</sup>; laut sagen darf man das natürlich nicht.

### Montag 6/VII

Vormittags Lektüre der Akten – es ist schon brauchbares Material da, aber doch nichts unmittelbares; immer nur Zusammenfassungen von Berichten und Untersuchungsergebnissen, die mir nicht genügen können. Erfrischend gegenüber den Biliński'schen Phrasen die forschenden Anträge Potioreks, die in Details über das Ziel schießen, in den wichtigen Fragen aber das richtige treffen dürften. Nach diesen Berichten scheint die Biliński'sche Idee, den Sabor beisammen zu lassen nicht haltbar; das Kmetengesetz wäre jetzt einfach nicht durchzubringen. Von den zu erwartenden Skandalen und Gewalttätigkeiten ganz abgesehen.

Daß das Attentat auf serbischem Boden mit offiziellen serbischen Personen ausgeheckt wurde und Bomben, Revolver aus Serbien stammen, scheint sicherzustehen.<sup>25</sup>

---

22 Es handelt sich um das Provinzparlament von Bosnien-Herzegowina.

23 Agrargesetz.

24 General Oskar Prochaska war im Herbst 1912 k.u.k. Konsul im albanischen Prizren. Als während des ersten Balkankrieges serbische Truppen zur Adria marschierten, wurde Prochaska von ihnen für vier Tage unter Hausarrest gestellt, angeblich, weil er die türkischen Truppen unterstützt hätte, wahrscheinlicher aber, damit er die Vertreibung der einheimischen albanischen Bevölkerung durch die Serben nicht mit eigenen Augen sehen sollte. Die Nichterreichbarkeit des Konsuls in Prizren rief in Wien Gerüchte über seine Entführung und Entmannung durch die Serben hervor. Hintergrund der Verhaftung war die Politik der k.u.k. Regierung, einen albanischen Staat zu gründen und Serbien unbedingt daran zu hindern, einen Hafen an der Adria zu gewinnen. Vgl. Robert A. Kann: Die Prochaska-Affaire vom Herbst 1912. Zwischen kaltem und heißem Krieg, Wien 1977.

25 Aufgrund der Geständnisse der verhafteten Attentäter von Sarajewo.

NM. 5h Zusammenkunft bei Musulin, der für die Sache Feuer und Flamme ist: Oppenh., Vesque, Urbas.

Zuerst Besprechung einiger Details des Informationsdienstes belangloser Natur.

Dann entwirft Musulin Programm der an Serben zu stellenden Forderungen<sup>26</sup>, die der Minister vorgeschlagen hat: Modifikation des Pressgesetzes und Vereinsgesetzes, der Zensur von Lehrbüchern und der Waffenausfuhrvorschriften.

Ich allein äußere Bedenken: Man kann doch nicht Gesetze verlangen sondern bestimmte Leistungen: Unterdrückung der gegen uns gerichteten Presseangriffe, Vereinsagitation u. dgl. Sonst wirft man uns mit Recht vor, daß wir Forderungen stellen, die das Prestige des souveränen Serbien verletzen. Durch solche Forderungen würden wir uns die Sympathien verscherzen, die wir jetzt wieder ein wenig haben. Programm: gerechtfertigte Forderungen, die Souveränitätsrechte Serbiens nicht verletzen! Aber auch da muß man wissen, ob man sich bei Ablehnung dieser Forderungen zur Gewalt entschließen will, sonst ist die Folge eine unerträgliche Schwächung unserer Position, die auch intern in Bosnien fühlbar sein würde.

Musulin sagt man sei zum Krieg entschlossen<sup>27</sup>, doch stimmt er meinen Ausführungen zu. Ob die hohen Herrn nur auch wirklich alles erwogen haben? Weiss Gott, ich glaube nicht recht daran.

Vorläufig wird nach Belgrad telegraphirt, um die Press-, Vereines-, Waffenausfuhrsetze und um Informationen über die angeblich kompromittirten serbischen Offiziere; alles höchst geheim und vertraulich.

Ich wiederhole, dass mir das bisher vorliegende Materiale zu wenig sicher ist, dass wir den Wortlaut der Protokoll und sonstigen Erhebungen über die Zusammenhänge des Attentats mit Serbien brauchen. Ich werde denn auch ermächtigt, mit Kuh darüber zu sprechen und dieses Materiale zu verlangen.<sup>28</sup>

Ich frage, ob wir auch über die Anträge Potioreks zur Bekämpfung der serbophilen Politik sprechen dürfen? Der Ministerrat wird morgen darüber verhandeln<sup>29</sup> ich habe gegen einzelne große Bedenken. Musulin bittet mich, ihm in einem Mémoire meine Bemerkungen niederzulegen.

Ich tue das und bezeichne als unmöglich: die beantragte Ausweisung aller Reichs-Serben aus Bosnien, die Auflösung aller serb. Vereine, die Relegirung aller Lehrer, Schülern serb. Nationalität, die sich je durch Demonstrationen

---

26 Das heißt, die in das vorbereitete Ultimatum aufzunehmenden Forderungen.

27 Also bereits vor dem formellen Beschluss des Ministerrates vom 7. Juli 1914.

28 Paul von Kuh-Chrobati war Vorstand des Präsidialbüros des Finanzministeriums, das für Bosnien-Herzegowina zuständig war. Weil er hoffte, dass Wiesner in der „Kriegsfabrik“ als Bremser wirken werde, händigte er ihm zusätzliches Material aus.

29 Am 7. Juli 1914 tagte der gemeinsame Ministerrat von Österreich und Ungarn. Auf der Grundlage des Berichtes von Hoyos über seine Gespräche in Berlin (Blanko-Vollmacht für den Krieg gegen Serbien) beschloss er 1. den Krieg gegen Serbien und 2. vorher ein unannehmbares Ultimatum an Serbien zu richten.

bemerkbar gemacht haben, ebenso die generelle Verweigerung der Nostrifizierung reichs-serb. Schulzeugnisse. Gegen verdächtige Personen und Vereine soll man mit aller Schärfe vorgehen, nicht aber darüber hinaus generelle Maßregeln treffen, die uns nur schaden würden. Dagegen empfehle ich die weitestgehende Entschädigung der bei den Demonstrationen Geschädigten als eine Maßregel, die uns Sympathien erwerben könnte, im In- u. Auslande, was wir für jetzt und das Kommende dringend brauchen.

Musulín hat das Elaborat unterschrieben. Ob er es auch an die richtige Stelle weitergibt?

Eine Episode: Rappaport<sup>30</sup> trifft Urbas am Gang und fragt ihn: „Sind Sie auch in der Kriegsfabrik?“ No, wir werden ja sehen, ob es das sein wird. Ich werde mich gegen leichtsinnige Streiche wehren.

### 7. Juli:

Vormittags bei Kuh. Ich trage ihm meine Bitte vor. Er ist mißtrauisch, meint, wir haben ja so alles, was nötig ist. Ich lege ihm dar, daß es nur darauf ankommt, eine Kontrolle über die summarischen und scheinbar gefärbten Berichte aus Sarajewo zu haben. Da geht der Mann aus sich heraus und seufzt erleichtert auf, denn er befürchtete wieder eine der leichtfertigen, oberflächlichen Diplomatenaktionen und hofft jetzt, daß ich da als Bremser wirken werde. Das will ich so weit ich kann. Was sein muss, wird geschehen, aber unüberlegtes Handeln nur gegen mich.

Allerdings — Nachmittags bei der Sitzung bin ich schon unterlegen. Musulín fragt, ob das vorhandene Materiale genügt, um den Ursprung des Attentats aus Serbien als erwiesen anzunehmen. Ich sage, dass das was heute vorliegt, hiezu nicht genügt. Oppenh., der Esel Vesque und Urbas sind der gegenteiligen Meinung mit kleinen epifigen Bemerkungen gegen die „juristische Auffassung“ des Materiales. Ich setze mich zur Wehre, weise darauf hin, daß wir nichts haben als noch unkontrollirte Beschuldigtenaussagen, von denen wir nicht wissen, wie sie zustande gekommen sind. Die Herrn, inklusive Musulín, bleiben aber bei ihrer Ansicht. Ich bitte sie erneut zuzuwarten, bis die Akten kommen, bis man etwas anderes als Zeitungsgeschmier und einige abgerissene Berichte hat. Mit dem was da ist, wäre nichts anzufangen. Ob sie hören werden?

Aus einer Äußerung Musulíns entnehme ich, daß man eine kriegerische Lösung für die wahrscheinlichere hält. Wenn es sein muss, gut. Aber nur dann, und auch da nur ordentlich vorbereitet. Mir scheint es aber, dass man wieder so halbblind darauflos geht, nach Gefühlsmomenten, nicht mit kalter Überlegung.

Ich bin sehr deprimirt und von den unangenehmsten Gefühlen gequält. Ob die richtigen Leute am Platze sind. Von allen baue ich am meist noch auf Tisza.<sup>31</sup>

---

30 Alfred Rappaport, Generalkonsul der Doppelmonarchie im albanischen Durazzo (Durrës).

31 István Tisza Graf von Borosjenö und Szeged (1861-1918), Führer der Liberalen Partei Ungarns, 1903-1905 und 1913-1917 Ministerpräsident Ungarns, führte eine rigorose Magyarisie-



**8 Juli 1914**

VM läßt mich Musulin rufen; ich soll ihm ein Programm von Forderungen an die Serben formulieren; es hätte zu enthalten Forderungen wegen Presse, Ver-eine, Waffen, Lehrbüchern, Abgabe einer allgem. Abschwörungserklärung, Entlassung von Offizieren und Diplomaten, die sich gegen uns kompromittiert haben. Ich suche um nähere Aufklärung, was er sich darunter denkt; bekomme keine weiteren Ausführungen, das ist mir überlassen. Gut, erkläre ich, ich werde etwas machen, jedoch unter dem Vorbehalte, dass das eine Idee ist, wie man es machen könnte, wenn unsere Vermutungen über den Ursprung des At-tentats sich bewahrheiten. Ich bekomme als Direktive nur, dass die Forderun-gen nicht allzuleicht erfüllbar sein sollen. Dagegen erkläre ich, sie nur so kon-zipieren zu können, daß sie zwar scharf und streng aber nicht unerfüllbar sind, dass sie uns nicht von Europa als Eingriffe in die Souveränität Serbiens ausge-legt werden können.

Ich betone nochmals, dass es mir erwünscht wäre, vorerst die Entwicklung der Erhebungen abzuwarten, bevor wir uns auf Formeln festlegen. Musulin be-steht aber auf einem solchen Elaborat; er braucht es, um gerüstet zu sein. Schön, es wird gemacht; besser ich mache es als irgend einer von den ober-flächlichen Diplomaten.

Ins Bureau zurückgekehrt habe ich keine Zeit, mich mit der Sache sofort zu befassen; es fliegen eine Menge anderer Dinge herein, die unaufschiebbar sind. Dann kommt Weil; ich erzähle ihm, was geschehen und entwickle kurz meine Ideen; er ist im Ganzen damit einverstanden, hat nur Formulirungsschmerzen mehr sekundärer Natur. Dann kommt Urbas über meine Bit-te; er sagt nichts davon, dass er auch eine ähnliche Mission hat, als ich ihm vertraulich meine Aufgabe mitteile, um seine Meinung zu hören. Er ist für al-lerlei scharfe Forderungen, die mir nicht passen. Verlorene halbe Stunde. Also auch der ist vom Taumel ergriffen und ich habe in der ganzen Gesellschaft gar niemanden mit ruhiger Überlegung, der sich auf realen Boden stellt.

Zu meiner Information möchte ich wissen, was man an positivem Materiale über die serb. Vereine hat: Ich höre man hat nichts als einen Bericht Storcks<sup>32</sup> über die Narodna Odbrana<sup>33</sup>, den dieser wieder von Vukovich<sup>34</sup> hat, auf dem

---

runbspolitik in der ungar. Reichshälfte. Tisza war Gegner einer Expansion der Doppelmonar-chie, weil sie das prekäre Gleichgewicht beider Reichshälften bedroht hätte, Daher war er auch gegen das Konzept eines Staats-Trialismus. Beim Gemeinsamen Ministerrat am 7. Juli 1914 war Tisza gegen den Krieg mit Serbien, weil eine Annexion Serbiens das slawische Ele-ment in Österreich-Ungarn stärken würde, zu Lasten Ungarns. Am 19. Juli 1914 stimmte Tisza dem Krieg unter der Voraussetzung zu, keine größeren serbische Gebiete zu annektieren.

32 Wilhelm Ritter von Storck, Legationsrat, war Konsul und Sekretär der k.u.k. Gesandtschaft in Belgrad.

33 Die serbische Organisation „Narodna Odbrana“ (wörtlich: Volksverteidigung) war 1908 als Re-aktion auf Österreichs formelle Annexion von Bosnien-Herzegowina gegründet worden. Ihr offi-zielles Ziel war der Schutz der ethnischen Serben in Österreich-Ungarn. Sie wirkte vor allem öf-fentlich durch Propaganda, aber auch geheim durch paramilitärische bewaffnete Gruppen.

schließlich unsere ganzen Informationen beruhen. Alles aus einer Quelle, die noch dazu nicht als zweifellos verlässlich kontrolliert ist.

Ich verlange Materiale über die großserbischen Lehrbücher; auch nichts da. Ein Skandal allerersten Ranges.

Die großserbische Frage, vielleicht unser Todeskeim, und darüber weiss man nichts rechtes an dieser Stelle.

Also ich habe keine wirklich reale Basis!

Um 3h eine blöde staatsrechtliche Sitzung über Formelkram zu einem Eisenbahnübereinkommen mit Serbien; selbst in solchen Momenten haben die Ungarn nur daran zu denken, wie das Entité und die Unterschrift zu lauten haben.

Ich breche meine Lanze, dann ist es mir zu dumm und ich mache den Entwurf zu der Erklärung, die wir von den Serben verlangen, da ich sie sonst nicht fertigbringe; es ist ja schon 4 Uhr; um 5 soll sie fertig sein.

Sie lautet:

„Der kgl. serb. Regierung erklärt die o.g. großserbische Propaganda, d.i. die Gesamtheit jener Bestrebungen zu verurteilen, welche auf die Losreissung von Teilen der oe.-ung. Monarchie abzielen und ihrerseits auf serb. Territorium mit allen Mitteln auf die Unterdrückung dieser Propaganda hinzuwirken.

Insbesondere verpflichtet sie sich:

1. Das Erscheinen und die Verbreitung von Preßerzeugnissen großserb. Tendenz zu verhindern;
2. Sofort mit der Auflösung der „Narodna odbrana“ vorzugehen und die gleiche Maßregel überdies gegenüber allen jenen serb. Vereinen zu treffen, die sich mit der Propagierung großserb. Ideen befassen, insofern sie nicht in der Lage ist, durch Beaufsichtigung jede Propagandatätigkeit dieser Vereine zu unterdrücken;
3. Aus dem genannten Unterrichte in Serbien – sowohl was das Lehrpersonale als auch die hierbei verwendeten Lehrbehelfe anbelangt – alles zu eliminieren, was der großserb. Idee in irgendeiner Weise dient.
4. Gegen jene Organe der serb. Zivil- und Militärverwaltung, speziell auch der dipl. Vertretung im Ausland, welche dieser Propaganda in irgend einer Form Vorschub leisten, mit deren Entfernung aus dem Dienste vorzugehen.

Da die Beteiligung der Herrn ... an einer derartigen Propagandatätigkeit bereits festgestellt ist, verpfl. sich die serb. Regierung, diese Herrn aus dem serb. Dienste zu entlassen.“

Weil ist einverstanden nach kleinen redaktionellen Änderungen.

Ich habe gerade Zeit in die Sitzung zu laufen, wo sich wieder die alte Gesellschaft versammelt.

Neu nur eine Meldung aus Belgrad, dass Čiganovic<sup>35</sup>, der Bombenlieferant an die 2 Attentäter nicht – wie serb. Polizeichef behauptet in Belgrad unbekannt, sondern dort Beamter der Staatsdruckerei ist, sich 3 Tage nach Attentat aus Belgrad auf Urlaub (!) entfernt hat. Recht unverfroren!

Meine Formulierung verlesen, begegne kaum Einwendungen.

Inzwischen wird Musulin abberufen; kommt mit der Mitteilung zurück, daß die vom Ministerrat beschlossenen Forderungen an Serbien „wenig brauchbar“ seien; wir müssen uns auf unser eigenes „Rozumis“ verlassen. Ich sehe aus Bemerkungen, dass auch Urbas eine Formel verfaßt hat, die uns nicht zur Kenntnis gebracht wird; der junge Mann ist also hinterhältig. Auch gut, daß man es weiss. Abends 8 h gehe ich nochmals zu Musulin, er kommt vom Minister, wo auch Burián<sup>36</sup> war; man will scharfe Forderungen mit ganz kurzem Ultimatum stellen, sobald Untersuchung abgeschlossen. Er hält Krieg für sehr wahrscheinlich. Vederemo.

## Dokument 2<sup>37</sup>

### **Telegramm Wiesners vom 13. Juli 1914 aus Sarajewo an das Wiener Außenministerium**

Sarajewo, den 13. Juli 1914

#### Chiffre

Dass hiesige großserbische Propaganda von Serbien aus – abgesehen von Presse – auch durch Vereine und sonstige Organisationen betrieben wird und dass dies unter Förderung sowie mit Wissen und Billigung serbischer Regierung geschieht, ist hier Überzeugung aller massgebenden Kreise.

Das mir als Basis dieser Überzeugungen von Zivil- und Militärbehörden vorgelegte Material qualifiziert sich wie folgt: Material aus Zeit vor Attentat bietet keine Anhaltspunkte für Förderung Propaganda durch serbische Regierung. Dafür, dass diese Bewegung von Serbien aus, unter Duldung seitens der Regierung,

---

35 Milan Ciganović (1888-1927), ein führendes Mitglied der „Schwarzen Hand“, gab den militärisch unerfahrenen bosnischen Jugendlichen in Belgrad Schießunterricht und übergab ihnen am 27. Mai 1914 vier Pistolen mit Munition und sechs Bomben aus serbischen Armeebeständen, außerdem Geld und Zyankali-Fläschchen. Er half ihnen auch, die Waffen über die Grenze zu schmuggeln.

36 Stephan (Iszván) Freiherr Burián von Rajecz, (1852-1922), ungar. Landadliger, Diplomat, 1903-1912 u. 1916-1918 Finanzminister der Doppelmonarchie, 1915-16 und 1918 Außenminister; vermittelte in der Julikrise zwischen Berchtold und Tisza. Er strebte als Außenminister die Angliederung Kongreßpolens an die Doppelmonarchie an.

37 Quelle: Das Telegramm ist mehrfach abgedruckt worden, siehe Österreich-Ungarn Außenpolitik von der Bosnischen Krise 1908 bis zum Kriegsausbruch 1914. Diplomatische Aktenstücke des Österreich-Ungarischen Ministeriums des Äußeren, Band 8, Leipzig 1930; Imanuel Geiss (Hg.): Julikrise und Kriegsausbruch. Eine Dokumentensammlung, Hannover 1963/64; Bd. 2, S. 557 ff.; Internet: <http://net.lib.byu.edu/estu/wwi/1914/austdocs/1017.h>

von Vereinen genährt wird, ist Materiale, wenn auch dürftig, doch hinreichend. Untersuchung über Attentat.

Mitwisserschaft serbischer Regierungsleitung an Attentat oder dessen Vorbereitung und Beistellung der Waffen durch nichts erwiesen oder auch nur zu vermuten. Es bestehen vielmehr Anhaltspunkte, dies als ausgeschlossen anzusehen.

Durch Aussagen Beschuldigter kaum anfechtbar festgestellt, dass Attentat in Belgrad beschlossen und unter Mitwirkung serbischen Staatsbahnbeamten Ciganović und Major Tankosić<sup>38</sup> vorbereitet, von welcher beiden Bomben, Brownings, Munition und Zyankali beigelegt. Mitwirkung Pribičević<sup>39</sup> nicht festgestellt und beruhen die ersten Meldungen hierüber auf bedauerlichem Missverständnis erhebenden Polizeiorganen.

Ursprung Bomben aus serbischem Armeemagazin Kragujevac objektiv einwandfrei erwiesen, doch kein Anhaltspunkt dafür, dass erst jetzt ad hoc Magazine entnommen, da Bomben aus Vorräten Komitadjis vom Krieg stammen können. Auf Grund Aussagen Beschuldigter kaum zweifelhaft, dass Princip, Cabrinović, Grabež<sup>40</sup> mit Bomben und Waffen auf Veranlassung Ciganović von serbischen Organen geheimnisvoll über Grenzen nach Bosnien geschmuggelt. Dieser organisierte Transport von Grenzhauptleuten Schabatz und Losnica geleitet und von Finanzwachorganen durchgeführt. Wenn auch nicht festgestellt, ob diese Zweck Reise kannten, mussten selbe doch geheimnisvolle Mission annehmen.

Sonstige Erhebungen nach Attentat geben Einblick in Organisation Propaganda Narodna Odbrana. Enthalten wertvolles verwertbares Material, das jedoch noch nicht nachgeprüft, schleunigste Erhebungen im Zuge./ Falls bei meiner Abreise bestandene Absichten noch bestehen, könnten Forderungen erweitert werden.

A) Unterdrückung Mitwirkung serbischer Regierungsorgane an Schmuggel von Personen und Gegenständen über Grenze.

B) Entlassung serbischer Grenzhauptleute Schabatz und Loznica sowie beteiligter Finanzwachorgane.

C) Strafverfahren gegen Ciganović und Tankosić

Abreise heute abends, ankomme Wien Dienstag abends und begeben mich sofort Ministerium./ Mündliche Ergänzung Berichtes nötig.“

38 Die verhafteten Attentäter hatten gestanden, von beiden bei der Vorbereitung unterwiesen und versorgt worden zu sein; Major Vojislav Tankosić (1881-1915) war Gründungsmitglied der Geheimorganisation „Schwarze Hand“.

39 Svetozar Pribičević (1875-1936) kroatisch-serb. Politiker, der für ein Jugoslawien als Staat aller südslawischen Völker eintrat.

40 Gavrilo Princip, Nedeljko Čabrinović und Trifun Grabež waren jene Mitglieder der proserbischen Jugendorganisation Mlada Bosna, die sich zum Attentat vom 28. Juni 1914 entschlossen. Nachdem sie die von Ciganović erhaltenen Waffen über die bosnische Grenze geschmuggelt hatten, schloß sich ihnen der Lehrer Danilo Ilić an, der drei weitere Mitglieder der „Mlada Bosna“ zur Teilnahme anwarb: die Gymnasiasten Cvetko Popović und Vaso Čubrilović und den muslimischen Serben Muhamed Mehmedbašić.

## Nachbemerkung

Der am 28. Juni 1914 ermordete Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand war der ranghöchste Vertreter der „Friedenspartei“ in der Spitze der Doppelmonarchie. Dass die hinter den Attentätern stehenden großserbischen Nationalisten gerade ihn zur Zielscheibe erkoren, hing weniger damit zusammen, daß sein Besuch in Sarajewo auf den serbischen Nationalfeiertag (Vidovden) fiel und als Provokation empfunden wurde. Die Pläne des Thronfolgers für eine Reform der Staatsstruktur, die innerhalb einer trialistischen Gliederung zu einer größeren Selbständigkeit der Vertretungen der einzelnen Völker des Vielvölkerstaates, insbesondere der slawischen Völker, führen und die Konflikte zwischen der Monarchie und ihnen entspannen sollten, wurden von jenen völkischen serbischen Politikern und Militärs, die alle ethnischen Serben, insbesondere jene in Bosnien-Herzegowina, in einem großserbischen Reich zusammenschließen wollten, als Hindernis ihrer Expansionspläne angesehen.

Der Mord am Thronfolger fand in Österreich selbst nur geringe öffentliche Anteilnahme. Aber er stärkte entschieden die Gegenspieler des Toten, die österreichische Kriegspartei. Die Führung des Außenministeriums am Ballhausplatz in Wien kam schon am 1. Juli, bevor auch nur erste Untersuchungen eingeleitet waren, zu dem Schluss, die Gelegenheit zu nutzen und ein für allemal mit Serbien abzurechnen, um den als tödliche Gefahr für die Doppelmonarchie begriffenen großserbischen Expansionismus auszuschalten. Die Entscheidung für den Krieg wurde auf den Sitzung des k.u.k. Ministerrates am 7. und am 19. Juli 1914 bekräftigt und formalisiert.

Diese Entscheidung wurde auch durch Wiesners Telegramm vom 13. Juli 1914 nicht verändert, obwohl keinerlei Untersuchungsergebnisse über die Rolle der serbischen Regierung beim Attentat vorlagen. Die offiziell nach Sarajewo entsandte Kommission des Außenministeriums unter Wiesner konnte weder eine Beteiligung noch eine Mitwisserschaft der serbischen Regierung am Attentat beweisen. Dessen ungeachtet ging die k.u.k. Regierung im Wortlaut ihres Ultimatums praktisch vom Gegenteil, nämlich der Regierungsverantwortung aus. Das einzige Ergebnis des Telegramms Wiesners war jene vorsichtige Formulierung, dass eine Beteiligung der serbischen Regierung nicht ausdrücklich erwähnt wurde.

War und blieb der Entschluss der österreichisch-ungarischen Regierung zum Krieg gegen Serbien unabhängig von allen Beweisen über eine Schuld oder Mitschuld der serbischen Regierung am Attentat, war er um so abhängiger von der Zustimmung des wichtigsten Bündnispartners, der Regierung des kaiserlichen Deutschland. Der nach Berlin entsandte Sondergesandte Alexander Graf von Hoyos<sup>41</sup> erhielt diese Zustimmung dort am 5. und 6. Juli 1914. Kaiser und Kanzler Theodor von Bethmann-Hollweg sowie der amtierende Leiter des Auswärtigen Amtes, Zimmermann, forderten einen raschen militärischen

---

41 Alexander Graf von Hoyos (1876-1937), ab 1900 k.u.k. Diplomat, 1912-1917 Legationsrat und Kabinettschef des Außenministers.

Vergeltungsschlag gegen Serbien. Zwar gingen sie alle von einem regional begrenzten Krieg aus, doch sicherten sie für den Fall des militärischen Eingreifens Russlands ihre Unterstützung zu.<sup>42</sup> Der deutschen Regierung war klar, dass sie damit das Risiko eines großen europäischen Krieges einging, Bethmann-Hollweg sprach – nach dem Zeugnis seines Beraters Riezler<sup>43</sup> – von der Bereitschaft zu einem Weltkrieg.

Dieser sog. Blankoscheck lag dem österreichisch-ungarischen Ministerrat vor, als er am 7. Juli den Krieg gegen Serbien beschloss, dem ein unannehmbares Ultimatum vorausgehen sollte. Für die Übergabe des Ultimatus wählte man den 23. Juli 1914, den Termin für die Abreise des französischen Staatspräsidenten Poincaré und des Ministerpräsidenten Frankreichs Viviani aus St. Petersburg, wo sie auf Staatsbesuch waren. So sollte ein frühzeitig koordiniertes Vorgehen Russlands mit Frankreich gegen die Doppelmonarchie verhindert werden. War Serbien zwischen dem Attentat und dem Kriegsbeginn wochenlang der Hauptgegenstand aller diplomatischen Aktivitäten der Julikrise, wurde mit Kriegsbeginn der österreichisch-serbische Konflikt auf seinen tatsächlichen Stellenwert herabgestuft, auf den eines Nebenkriegsschauplatzes. Selbst für Österreich rangierte der Krieg gegen Russland in Galizien vor dem gegen Serbien.

Bei der endgültigen Formulierung des Ultimatus wurde auch Wiesners Ratschlag missachtet, bei den Forderungen jede Einschränkung der serbischen Souveränität zu vermeiden. Der einzige explizit von Serbien abgelehnte Punkt des Ultimatus aber war die Forderung, dass k.u.k. Untersuchungsbeamte auf serbischem Boden tätig sein sollten. Das verletzte die serbische Souveränität.

Das Anliegen der österreichischen Diplomatie, eine Verbindung der Attentäter zu serbischen Regierungsmitgliedern nachzuweisen, um eine kriegerische Strafmaßnahme gegen Serbien zu rechtfertigen, konnte nicht gelingen. Es gelang den k.u.k. Untersuchungsbehörden und auch Wiesner nicht, die Verbindung der gefassten Attentäter zu ihren Auftraggebern zu finden, weil sie auf einer falschen Fährte suchten. Sie hatten vor allem die serbische „Narodna Odbrana“ als Trägerin der öffentlich großserbischen Propaganda im Blick, nicht aber die vom serbischen Militärgeheimdienst gesteuerte, 1911 gegründete Geheimorganisation „Ujedinjenje ili smrt“ (Vereinigung oder Tod), genannt die „Schwarze Hand“. Sie rekrutierte sich aus Offizieren. Nachdem 1903 eine serbische Offiziersgruppe in einem äußerst blutigen Staatsstreich die bisherige Dynastie ausgelöscht und einen Wechsel der Politik erzwungen hatte, blieb diese Militärclique auch in den folgenden Jahren politisch sehr einflussreich, wenn auch vorwiegend im Hintergrund. Sie bildete eine Gegenmacht zur ge-

---

42 Vgl. Fritz Fellner: Die „Mission Hoyos“, in: Fritz Fellner, Heidrun Maschl, Brigitte Mazohl-Wallnig (Hg.): Vom Dreibund zum Völkerbund. Studien zur Geschichte der internationalen Beziehungen 1882-1919, Wien 1994.

43 Kurt Riezler (1882-1955), Diplomat, Politiker, Philosoph, 1906 Pressereferent im AA, später engster Berater von Reichskanzler Bethmann-Hollweg, u.a. Verfasser des „Septemberprogramms“ von 1914. Vgl. Karl Dietrich Erdmann (Hg.): Kurt Riezler, Tagebücher, Aufsätze, Dokumente, Göttingen 1972.

wählten parlamentarischen Regierung, etwas, was man heute einen tiefen Staat nennt. Ihr unbestrittener Führer war der 1913 zum Chef des serbischen Militärgeheimdienstes berufene Dragutin Dimitrijević (Spitzname „Apis“). Die Planung des Attentats durch die drei Führer der „Schwarzen Hand“ Dimitrijević, Ciganović und Tankošić wurde durch den Thessalonikiprozess 1917 gerichtsnotorisch und öffentlich gemacht. Erst 1917 fühlte sich der serbische Regierungschef Nikola Pašić<sup>44</sup> stark genug, sich dieser Militärclique zu entledigen. Er ließ elf Führer der „Schwarzen Hand“ vor ein Militärgericht stellen. Sie wurden fälschlich angeklagt, die Ermordung des Prinzregenten geplant zu haben. Neun Angeklagte wurden zum Tode verurteilt, drei, darunter Apis, erschossen.

Auch in einem zweiten Punkt, im Wissen serbischer Regierungsmitglieder, irrte Wiesner. Die Regierung hatte das Attentat nicht befohlen, ihr Chef aber hatte vorher davon gewusst und es nicht verhindert. Über den Doppelagenten Ciganović erfuhr Regierungschef Pašić vorab von dem Attentatsplan. Er konnte beurteilen, dass ein solches Attentat zum Krieg führen würde, befand sich aber in einem Dilemma: Warnte er öffentlich vor einem solchen Plan, riskierte er, als Verräter verfemt und von der „Schwarzen Hand“ ermordet zu werden. So beauftragte er den serbischen Gesandten in Wien, Jovan Jovanović, mit diplomatischen Aussagen in Wien vor dem Anschlag zu warnen. Der Gesandte wurde am 21. Juni 1914 von dem für Bosnien-Herzegovina zuständigen Minister Biliński empfangen und sagte diesem, es wäre gut, wenn der Thronfolger Sarajewo nicht besuchte. Unter den jungen Serben, die in den k.u.k. Streitkräften dienten, „könnte auch einer sein, der anstelle einer Platzpatrone eine scharfe Kugel in sein Gewehr oder seinen Revolver geladen habe“. Biliński erwiderte nur: „Hoffen wir, dass nichts passiert.“ Er nahm die vage Warnung nicht ernst; wir wissen nicht, ob er sie als Einschüchterungsversuch ansah oder als unerwünschte Einmischung in die innere Politik der Doppelmonarchie. Biliński behielt dieses Gespräch für sich, informierte keinen seiner Regierungskollegen darüber und weigerte sich auch noch, nachdem Jovanović es 1924 in die Wiener Presse gebracht hatte, darüber zu sprechen.<sup>45</sup>

Nach Kriegsbeginn wurde Friedrich Wiesner im August 1914 als Vertreter des k.u.k. Außenministeriums in das aus dem Generalstab gebildete Armeeeoberkommando (AOK) von Österreich-Ungarn entsandt. Damit war er aus der aktiven Außenpolitik entfernt. Er blieb auch noch beim AOK, als 1916 der neue Kaiser Karl I Graf Czernin zum Außenminister berief. Bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk 1917/18 gehörte Wiesner zur Delegation der Doppelmonarchie, er war als Pressesprecher seines Ministeriums ernannt. Als nach der Auflösung der Doppelmonarchie der Staatskanzler von Deutsch-

---

44 Nikola Pašić (1845-1926), Führer der Radikalen Volkspartei Serbiens, 1893/93 und 1904-1918 Ministerpräsident Serbiens, 1921-1926 Regierungschef des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen.

45 Brief von Jovanović an das Neue Wiener Tageblatt, Nr. 177 vom 28. Juni 1924; seither mehrfach publiziert.

Österreich, Karl Renner<sup>46</sup>, 1919 sein Angebot an Wiesner, das Außenministerium zu übernehmen, zurückzog, ließ Wiesner sich pensionieren. Fortan lebte er als Publizist in Wien.

Für seine Tätigkeit von 1919 bis 1938 sind zwei signifikante Stränge seiner Aktivität zu vermerken, die hier nicht Gegenstand sind. Im Zuge der Fortführung des Weltkriegs in der Historiographie und der politischen Publizistik zur Kriegsschuldfrage, geriet Wiesner wegen seines Telegramms vom 13. Juli 1914 in die Kritik jener Autoren, die sich professionell der Aufgabe widmeten, den Versailler Kriegsschuldparagraphen zu „widerlegen“. Aber auch Wiesner selbst änderte seine Auffassung: Aufgrund des Salonikiprozesses und weiterer in der Forschung zunehmend erschlossenen Quellen vertrat er in mehreren Publikationen in den „Berliner Monatsheften“, dem offiziellen deutschen Organ des deutschen Kriegsschuldreferats<sup>47</sup>, nunmehr die Auffassung, die vorherige Kenntnis und damit eine Mitschuld der serbischen Regierung am Attentat sei erwiesen.<sup>48</sup>

Die Hauptanstrengung Wiesners nach seiner Pensionierung aber galt der legitimistischen Bewegung. Er wurde 1924 stellvertretender und 1938 geschäftsführender Vorsitzender des 1921 gegründeten „Reichsbundes der Österreicher“, der für die Wiedererrichtung der Habsburger-Monarchie arbeitete. Dieser monarchistische Bund wurde nach dem „Anschluß“ Österreichs 1938 aufgelöst, Wiesner als seine führende Persönlichkeit verhaftet und in das Konzentrationslager Buchenwald eingeliefert. Im Januar 1939 wurde er entlassen und lebte dann zurückgezogen in Wien. Seine Aktivität für den Legitimus, sein wichtigster Lebensinhalt von 1919 bis 1938, ist hier nicht Gegenstand, sie wird in der erwähnten Biographie von Schagerl ausführlich dargestellt.

---

46 Karl Renner (1870-1950), österr. sozialdemokratischer Politiker, Hauptvertreter des rechten Parteiflügels, 1918-1920 Staatskanzler, 1934-1950 Bundespräsident.

47 Das Auswärtige Amt in Berlin gründete 1919 das später Kriegsschuldreferat genannte Büro; es sammelte und publizierte Dokumente, um den Versailler Vorwurf zu entkräften, Deutschland und Österreich hätten den erste Weltkrieg zielstrebig geplant und damit vorsätzlich das Völkerrecht missachtet. Das Kriegsschuldreferat sollte vor allem Historiker, Journalisten und die öffentliche Meinung im Ausland durch Material und Publikationen beeinflussen und fungierte auch als interne Zensurstelle in Deutschland. Über das Referat finanzierte und regulierte das Auswärtige Amt seit 1921 die „Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursache“, die ab 1923 die Zeitschrift „Die Kriegsschuldfrage. Berliner Monatshefte“ (Der Titel wurde mehrfach variiert) herausgab.

48 Vgl. z.B. Dr. Friedrich Ritter von Wiesner: Die Schuld der serbischen Regierung am Mord von Sarajewo, in: Alfred Wegerer (Hg.): Berliner Monatshefte für internationale Aufklärung der Kriegsschuldfrage, Jg. VI, Januar – Juli 1928.